



**Dringlicher Berichts Antrag**  
**Fraktion der Freien Demokraten**  
**Erneute Ermittlungen gegen Polizeibeamte**

Erneut gibt es Ermittlungen gegen Polizeibeamte des 1. Polizeireviers in Frankfurt. Laut Medienberichten seien bei fünf Polizisten Wohnungen durchsucht worden, gegenüber allen sei ein Verbot des Führens der Dienstgeschäfte ausgesprochen worden. Gegen die fünf Polizeibeamten werde wegen Strafvereitelung im Amt, Verletzung des Dienstgeheimnisses und des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole ermittelt (siehe z.B. „BILD“ vom 31.07.2022, → <https://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/5-beamte-suspendiert-wieder-nazi-chat-bei-der-frankfurter-polizei-80870728.bild.html>, zuletzt abgerufen am 01.08.2022 sowie „F.A.Z. Rhein-Main-Zeitung“ vom 02.08.2022 und → <https://www.hessenschau.de/panorama/raeume-durchsucht-beamte-suspendiert-wieder-ermittlungen-gegen-frankfurter-polizisten,ermittlungen-polizisten-chats-100.html>, zuletzt abgerufen am 02.08.2022). Unter den Beamten seien auch Führungskräfte, die Polizeibeamte, gegen die ermittelt wird, gewarnt haben und versucht haben, die Ermittlungen zu erschweren, wenn nicht sogar zu verhindern (siehe „F.A.Z. Rhein-Main-Zeitung“ vom 02.08.2022).

Fraglich ist daher, ob die geschaffenen Strukturen von Kontrolle und Aufklärung bei der hessischen Polizei ausreichend sind und sich das neue Leitbild zur Fehlerkultur im Frankfurter Polizeipräsidium und nicht zuletzt auch im Innenministerium selbst verfestigt hat. Schließlich bleibt im Hinblick auf eine transparente Informationspolitik festzustellen, dass die Obleute des Innenausschusses erst nach Versand einer Pressemeldung des Landeskriminalamtes, in Form der Weiterleitung besagter Pressemeldung, informiert wurden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenpolitischen Ausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

**A. Vorwürfe gegen die fünf Polizeibeamten**

1. Welche strafrechtlichen Vorwürfe liegen den Ermittlungen zugrunde?
2. Wann genau wurden die Durchsuchungen bei den Polizeibeamten durchgeführt? Was wurde dabei sichergestellt?
3. Handelt es sich um eine neue „Chatgruppe“?
4. In welchem Zusammenhang stehen die Durchsuchungen zum NSU 2.0-Verfahren?
5. Gab es Kontakte zwischen den fünf jetzt betroffenen Beamtinnen und Beamten, gegen die bereits länger ermittelt wird?
6. Stehen die Durchsuchungen im Zusammenhang mit den schon bekannten „Chatgruppen“?

**B. Vorwürfe gegen Führungskräfte und Dienstvorgesetzte**

7. Welche konkreten Führungsfunktionen haben die genannten drei Führungskräfte innerhalb des 1. Polizeireviers in Frankfurt konkret ausgeübt?
8. Laut Medienberichten sollen die drei Führungskräfte Polizeibeamte über die Ermittlungen informiert haben (siehe „F.A.Z. Rhein-Main-Zeitung“ vom 02.08.2022).
  - a) Wie viele Beamte wurden informiert?
  - b) Woher wussten die Führungskräfte von den Ermittlungen bzgl. dieser Beamten?

9. Laut Medienberichten sollen die Führungskräfte darüber hinaus versucht haben, die Ermittlungen zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern (siehe „F.A.Z. Rhein-Main-Zeitung“ vom 02.08.2022).
- a) Ist dies korrekt?
  - b) Wenn ja: Wie?
  - c) Wie wurde bekannt, dass ggfs. Informationen an die Polizeibeamten weitergegeben wurden bzw. dass Ermittlungen erschwert/verhindert wurden?

**C. Umsetzung Empfehlungen Expertenkommission**

10. Wie sind innerhalb der Polizei die Strukturen aufgebaut, um zu gewährleisten, dass es bei internen Ermittlungen nicht zu Beeinträchtigungen oder Behinderungen kommt?
11. Greifen aus Sicht der Landesregierung die Strukturen von Kontrolle und Aufklärung im internen Bereich der Polizei ausreichend?
12. Welche Maßnahmen wurden seit 2018 eingeleitet, um die interne Struktur des 1. Frankfurter Polizeireviers neu aufzustellen?
13. Wurden bisher im Zusammenhang mit den „Chat Vorfällen“ innerhalb der hessischen Polizei Beamte aus dem Dienst entfernt, mithin nicht nur das Verbot des Führens der Dienstgeschäfte ausgesprochen?

**D. Transparente Informationspolitik des Innenministeriums**

14. Ist mit dem Versand einer Obleuteinformation per Mail am Freitagabend, 29.07.2022 um 20:46 Uhr, mithin 17 Minuten nach dem Versand der gleichen Pressemeldung des HLKA, den Vorgaben der Expertenkommission bzgl. einer offenen und transparenten Information durch das Innenministerium Genüge getan?
15. Wieso wurden die Obleute nicht früher über die erneuten Vorkommnisse informiert?

Wiesbaden, 2. August 2022

Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**